



Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) will die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ins Zeichen des Kampfs gegen den Antisemitismus stellen.

Dass Judenfeindlichkeit in ganz Europa auf dem Vormarsch sei, dürfe gerade Deutschland nicht hinnehmen, sagte er der "Bild am Sonntag". "Wir müssen Toleranz fördern und Wissenslücken schließen."

Ein Punkt soll laut Maas die Auseinandersetzung mit Menschen sein, die nach Deutschland geflüchtet sind. Jeder von ihnen müsse "aktiv damit konfrontiert werden", dass Judenfeindlichkeit in Deutschland nicht geduldet werde, sagte der Minister.

Viele Migranten seien in ihren Heimatländern in der Schule mit Antisemitismus und Israelfeindlichkeit konfrontiert worden, erklärte Maas weiter. Es sei ein Irrglaube, zu denken, "dass sie automatisch beim Übertreten der deutschen Grenze unsere Haltung von null Toleranz bei Juden Hass übernehmen."

Gleichzeitig warnte der Außenminister auch vor der Gefahr durch einen zunehmenden Rechtsextremismus in Deutschland. Hier dürfe die Gesellschaft nicht wegschauen, forderte er und verwies auf "lautstarke Hassparolen" im Internet. "Was Antisemitismus am meisten befördert, ist Gleichgültigkeit", sagte Maas. Deutschland übernimmt im zweiten Halbjahr 2020 die EU-Ratspräsidentschaft. AFP, [Beny Shlevich](#), Wikimedia commons